

# LIBYEN NACH GHADHAFI: POLITISCHER ÜBERGANG UND WESTLICHE OPTIONEN

Mit dem Zerfall des Ghadhafi-Regimes steht Libyen vor einer Stunde Null. Die Gefahr ist real, dass das Land ohne autoritäre Klammer durch hohe Instabilität gekennzeichnet bleibt. Das bisherige Vorgehen des Übergangsrats sowie die sozio-ökonomischen Eckdaten Libyens lassen jedoch auf eine erfolgreiche Transition hoffen. Dazu ist auch ein Rollenwechsel der westlichen Akteure erforderlich. Haben diese entscheidend in den Bürgerkrieg eingegriffen, so sollten sie sich beim Wiederaufbau trotz Eigeninteressen auf eine Unterstützung libyscher Initiativen beschränken.



Wand mit Ghadhafi-Graffiti im Westen Libyens, 5. August 2011.

Reuters/Bob Strong

Mit dem Fall der Hauptstadt Tripolis Ende August 2011 ist die Vorentscheidung im seit sechs Monaten andauernden libyschen Bürgerkrieg gefallen. Zwar halten die Kampfhandlungen um verbliebene Hochburgen der Ghadhafi-Loyalisten an. Die über vierzigjährige Herrschaft Muammar al-Ghadhafis ist jedoch zu Ende.

Das «neue» Libyen steht allerdings vor gewaltigen Herausforderungen. Neben der Bewältigung der humanitären Not, der Beseitigung der Kriegsfolgen und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau stellt sich insbesondere die Frage einer politischen Neuordnung. Angesichts des folgenschweren Erbes Ghadhafis, der Heterogenität der Opposition und des Fehlens funktionierender staatlicher Strukturen droht nach Einschätzung vieler Beobachter fortgesetzte Instabilität im Land. Befürchtet wird Uneinigkeit der Opposition als Auslöser neuer Kämpfe und in der Folge eine Fragmentierung Libyens oder sogar der Zerfall jeglicher

Zentralgewalt nach dem Muster Somalias, mit absehbaren negativen Folgen für die Sicherheit der Region wie auch Europas.

Eine solche Entwicklung ist nicht auszuschliessen. Verschiedene Faktoren sprechen jedoch dafür, dass Libyens Neustart gelingen kann. Auch die westlichen Staaten können mit einer klugen Politik ihren Beitrag dazu leisten.

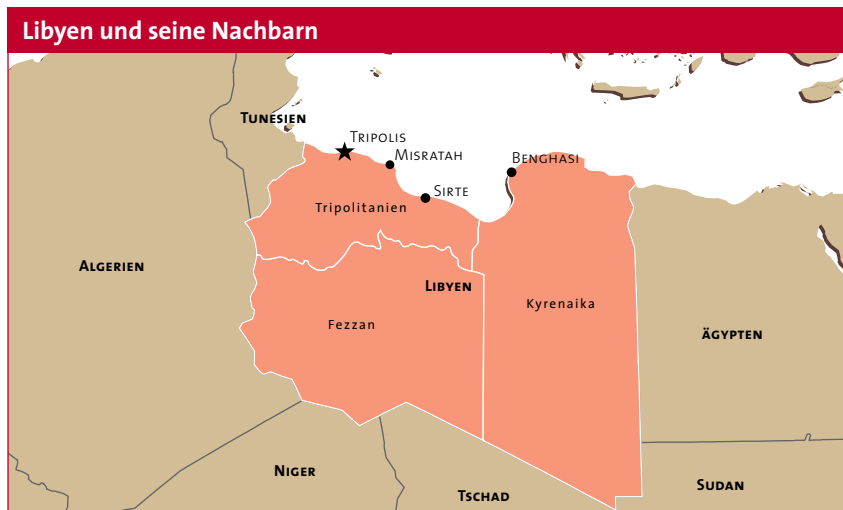
## Libyen in der Stunde Null

Libyen ist das dritte arabische Land, in dem ein autoritäres Herrschaftssystem aufgrund des Druckes der eigenen Bevölkerung beseitigt wurde. Vergleicht man jedoch die Situation in Libyen mit derjenigen in Ägypten und Tunesien, ist die fundamental unterschiedliche Ausgangslage für den politischen Übergang in Libyen augenfällig. Während der politische Wandel in Kairo und Tunis letzten Endes durch die Entscheidung des Militärs, sich nicht gegen den Volkswillen zu stellen beziehungsweise diesen aktiv

zu unterstützen, erwirkt wurde, resultiert der Umbruch in Tripolis auf dem von der NATO ermöglichten militärischen Erfolg der aufständischen Opposition im Rahmen eines Bürgerkriegs. Im Gegensatz zu den anderen beiden Fällen wird der Übergangsprozess in Libyen weniger von einem Antagonismus zwischen aufbegehrenden Volksmassen und Überresten der früheren Herrschaftsoligarchien geprägt sein.

Dazu kommt, dass in Libyen – anders als in den arabischen Nachbarstaaten – Regime und Staat kaum voneinander zu trennen waren. Weder existiert eine Verfassung, auf die das Gemeinwesen gegründet ist, noch gibt es verlässliche und stabile Institutionen, auf denen eine neue Ordnung aufbauen könnte. Aufgrund der umfassenden Repressionsmaschinerie des alten Regimes konnte sich zudem eine Zivilgesellschaft nie etablieren.

Diese Ausgangslage einer «Stunde Null» in Libyen zusammen mit der unsicheren Sicherheitslage, dem Eindruck tiefgehender politischer, sozialer und ethnischer Spaltungen der Gesellschaft und den zu befürchtenden Verteilungskämpfen um die Ölressourcen befeuern Sorgen über eine fortschreitende Destabilisierung des Landes. Pessimistische Einschätzungen über die Zukunft Libyens tendieren allerdings zu einer Vernachlässigung struktureller Gegebenheiten und aktueller Entwicklungen, die auf einen positiven Fortgang des Übergangs hoffen lassen. So bringt die Ausgangslage einer *tabula rasa* auch Chancen mit sich. Anders als die revolutionären Nachbarn ist Libyen in vielerlei Hinsicht vom belastenden Erbe der Vergangenheit befreit und hat dadurch die Möglichkeit, stabile Fundamente für die angestrebte freiheitliche und gerechte Gesellschafts-



ordnung von Grund auf neu zu errichten. Die zu schaffende Ordnung kann zudem aus einem Reservoir an Legitimität schöpfen, geschaffen durch die gemeinsame Kampferfahrung im Krieg gegen Ghadhafi.

### Wichtige Rolle des Übergangsrats

Das Fehlen zentraler politischer Institutionen in Libyen wird, wenigstens in Teilen, ausgeglichen durch die Existenz des Nationalen Übergangsrats, der De-facto-Regierung der befreiten Gebiete. Der Übergangsrat hatte sich bereits im Februar 2011 in der Kyrenaika, dem östlichen Kernland des Aufstands, konstituiert und bildet nun den Nukleus einer Übergangsregierung für das gesamte Land. Formal war er verantwortlich für die Umsetzung der militärischen Strategie, die zur Einnahme der Hauptstadt Tripolis führte. Trotz seiner heterogenen Zusammensetzung aus Repräsentanten unterschiedlichster Oppositionsgruppen, Regime-Überläufern und regionalen Vertretern ist es dem Rat dabei gelungen, öffentliche Ordnung und Versorgung im früh befreiten Ostteil des Landes rasch wiederherzustellen.

Mit der Beseitigung des Ghadhafi-Regimes ist dem Rat allerdings ein einendes Element abhanden gekommen. Auseinandersetzungen zwischen Säkularisten und Islamisten oder zwischen ehemaligen Parteigängern des Regimes und der jungen Generation der Revolution scheinen unvermeidlich, müssen aber keineswegs gewaltsam ausgetragen werden. Für die anstehende Schaffung einer stabilen libyschen Übergangsregierung am dringlichsten erscheint das Austarieren des im Rat vorherrschenden regionalen Ungleichgewichts. Aufgrund der revolutionären Abfolge wird der Rat weiterhin von politischen Akteuren aus dem Ostteil des Landes dominiert. Angesichts des historisch stark ausgeprägten Gegensatzes zwischen der

östlichen Kyrenaika und dem westlichen Tripolitaniern ist dies problematisch. Seine Stellungnahmen zugunsten der Aufrechterhaltung der nationalen Einheit Libyens und die Ankündigung, baldmöglichst alle Landesteile angemessen institutionell zu repräsentieren, zeugen allerdings vom Willen des Rats, seine Legitimationsbasis zu verbreitern. Eine solche Massnahme lässt sich auch mit der wichtigen militärischen Rolle rechtfertigen, die westlibysche Kräfte im letztendlichen Sieg gegen Ghadhafi gespielt haben.

Die bereits im Detail ausgearbeiteten Übergangspläne der Opposition sehen Wahlen für ein Übergangsparlament innert acht Monaten und die Ausarbeitung einer Verfassung vor, über die anschliessend in einem Referendum abgestimmt werden soll. Entscheidend für das Gelingen eines friedlichen Übergangs hin zur angestrebten freiheitlichen und demokratischen Ordnung wird in erster Linie die Integration der unterschiedlichen politischen und sozialen Akteure im neuen Libyen sein. Trotz der offenkundig breiten Unterstützung in der Bevölkerung für die Rebellion muss von der Existenz einer nicht unerheblichen regimetreuen Minderheit ausgegangen werden, deren mittelfristige Einbindung in die neue Ordnung Grundvoraussetzung für die Stabilität des neuen Libyens ist. Zwar muss dem Ruf nach Strafe und Gerechtigkeit angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen des Regimes Genüge getan werden – gleichzeitig muss jedoch der Eindruck einer vorwiegend rachegeleiteten Verfolgung der ehemaligen Parteigänger Ghadhafis vermieden werden, deren technokratische und administrative Kenntnisse für die Zukunft benötigt werden.

Das gilt umso mehr für die Haltung gegenüber den grössten Stammesverbänden, die mit dem Regime traditionell kollaborierten.

Zwar ist die häufig postulierte Sicht auf Libyen als Stammesgesellschaft verfehlt, zumal fast 80% der Bevölkerung in Städten lebt. Dennoch ist der Einfluss der Stämme – nicht zuletzt infolge der direkten Förderung durch das Vorgängerregime – im Vergleich mit den anderen nordafrikanischen Staaten nicht zu unterschätzen. Neben den Stämmen müssen die grösste ethnische Minderheit, die Berber (etwa 10 Prozent der Bevölkerung), und deren Forderung nach kultureller Autonomie nach Jahrzehnten der Zwangsarabisierung berücksichtigt werden. Berberstämme aus den Nafusa-Bergen südlich von Tripolis hatten entscheidenden Anteil an der Eroberung von Tripolis und stellen somit einen gewichtigen militärischen Faktor dar.

### Ressourcenreichtum

Ob die Einbindung der verschiedenen politischen Strömungen und der tribalen und ethnischen Gruppen gelingt, hängt auch von der Frage der künftigen Kontrolle über die Ölressourcen des Landes ab. Vor dem Krieg waren die Erträge aus dem Öllexport für 95% der Exporteinnahmen und 80% der Staatseinkünfte verantwortlich. Die Öleinnahmen stellten zudem die finanzielle Basis für die auf Patronage-Netzwerke gegründete Herrschaft des Vorgängerregimes dar. Angesichts der herausgehobenen Bedeutung der Ölindustrie – etwa vier Fünftel befinden sich im Ostteil Libyens – sind Entscheidungen der Übergangsregierung in diesem Sektor und die Besetzung der Schlüsselministerien genau zu beobachten.

Grundsätzlich verspricht der Ressourcenreichtum Libyens positive Aussichten für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Die kolossale Verschwendung der Staatseinnahmen und die Misswirtschaft durch den Ghadhafi-Klan hatten ein Entwicklungsniveau Libyens weit unter seinem Leistungsvermögen zur Folge. Die sozio-ökonomischen Kerndaten Libyens weisen auf ein grosses Entwicklungspotential hin, wobei eine Reduzierung der Abhängigkeit von Öl-Exporten dringlich erscheint. Ein Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation mit anderen nahöstlichen Staaten wie der Türkei oder Katar und mit Europa drängt sich geradezu auf.

### Sicherheit als Schlüssel

Grundvoraussetzung für die Umsetzung der demokratisch-rechtsstaatlichen Vision für Libyen und die Verwirklichung des ökonomischen Potentials ist die möglichst rasche Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und die allgemeine Durchsetzung der zentralen Staatsgewalt im ganzen Land. Es ist dies die wohl grösste Herausforderung.

Libyen, Tunesien und Ägypten im Vergleich			
	Libyen	Tunesien	Ägypten
Bevölkerung (2010, in Mio.)	6,5	10,5	84,5
Human Development Index (2010, Rang von 169)	53	81	101
BIP per capita (2008, PPP US\$)	16'999	8 509	5 840
Alphabetisierungsgrad (%)	89	78	66
Internetbenutzer (2009, %)	5,5	33,5	20

Quellen: Human Development Index; Weltbank

derung für die neue Führung, wobei zwei Aspekte im Vordergrund stehen. Erstens drohen auch nach der Eroberung der verbliebenen Hochburgen Ghadhafis Guerillaaktionen seiner Anhänger, zumal der Verbleib einiger Sondereinheiten ungeklärt ist.

Zweitens hat der Kollaps des Regimes unvermeidlich zu einem temporären Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung zuvorderst in Tripolis geführt. Obwohl der Übergangsrat detaillierte Pläne für die Verwaltungsübernahme der Hauptstadt aufgestellt hat, wie z.B. die Sicherung der kritischen Infrastruktur oder die Sicherstellung der Versorgung, erweist sich deren Umsetzung als schwierig. Damit die heterogenen und im Grunde autonom agierenden Rebelleneinheiten, die gegenwärtig Tripolis kontrollieren, bald aufgelöst werden können, ist die angedachte rasche Etablierung von Polizeikräften, rekrutiert vorwiegend aus den Regionen selbst, angeraten. Die Legitimität der neuen Führung wird in Tripolis und dem Westen des Landes massgeblich daran gemessen werden, inwieweit der Eindruck eines Machtvakuum vermieden werden kann. Mittelfristig müssen demokratisch kontrollierte wie national repräsentative Sicherheitsorgane aufgebaut werden. Zwar war das Gros der regulären Armee früh auf die Seite der Aufständischen übergetreten, doch haben sich die über Jahrzehnte vernachlässigten Streitkräfte im Grunde aufgelöst. Die Mehrheit der sich aus jungen Freiwilligen rekrutierenden Oppositionsstreitkräfte dürfte sich mit dem Abflauen der Kampfhandlungen ebenfalls auflösen.

### Westlicher Rollenwechsel

Damit der Aufbau des neuen Libyens gelingen kann, muss auch der Westen seine Rolle im Transformationsprozess anpassen. Haben westliche Akteure den Verlauf des libyschen Bürgerkriegs entscheidend geprägt, sollten sie in der post-Ghadhafi-Ära ins zweite Glied zurücktreten und sich auf Unterstützungsleistungen beschränken.

Ganz im Sinne eines *mission creep* – der schleichenden Ausweitung von Engagement und Zielsetzungen eines militärischen

Einsatzes – hat sich die Rolle der NATO während des Konflikts stark gewandelt. Erklärte sie sich im libyschen Bürgerkrieg anfänglich unparteilich und dem Schutz der Zivilisten sowie der Durchsetzung der Flugverbotszone verpflichtet, so änderte sie aufgrund des sich abzeichnenden militärischen Patts ihre Strategie und wurde zum kriegsentscheidenden Faktor (siehe CSS Analyse Nr. 91). Als De-facto-Kriegspartei auf der Seite der Rebellen hat die NATO dem Übergangsrat den Weg nach Tripolis geebnet. Im Rahmen von über 20'000 Einsätzen der Luftwaffen wurden mehr als 5000 militärische Ziele beschädigt oder zerstört und damit Ghadhafis Kriegsmaschinerie entscheidend geschwächt. Parallel dazu haben zumindest Frankreich und Grossbritannien, die beiden treibenden Kräfte hinter der NATO-Intervention, die Rebellen militärisch ausgebildet, mit Waffen und Geld versorgt und offenbar durch Spezialkräfte am Boden unterstützt. Der Sturz Ghadhafis geht denn auch weitgehend auf die NATO zurück, wobei sie diesen Erfolg zum hohen Preis einer Überschreitung ihres UNO-Mandats errungen hat.

Dass einige westliche Staaten auch beim Wiederaufbau Libyens an vorderster Stelle mittun wollen, überrascht wenig. Mit dem Entscheid für ein militärisches Eingreifen ist für Frankreich und Grossbritannien ein stabiles und demokratisches Libyen zum Angelpunkt der eigenen Nahost- und Nordafrikapolitik geworden. Angesichts der Bedeutung seiner Öl- und Gasvorkommen für die europäische Energieversorgung und der Rolle Libyens als Transitland für die subsaharische Migration nach Norden gibt es zudem viele praktische Gründe für verstärkte Aufmerksamkeit des Westens. Hinzu kommen Befürchtungen, dass Libyen bei einem Scheitern des Neuaufbaus zu einem neuen Rückzugsgebiet für den globalen dschiha-distischen Terrorismus werden könnte.

Dennoch tun die Europäer und die USA gut daran, Libyen nicht zu einem westlich dominierten Staatsaufbauprojekt zu machen. Neben den vielversprechenden Strukturdaten des Landes und der bislang bemerkenswerten Führungsfähigkeit des

Übergangsrats spricht auch die Notwendigkeit einer nationalen Versöhnung und breiteren innenpolitischen Abstützung der Revolution für eine zurückhaltende Haltung des Westens. Zudem haben die Erfahrungen im Balkan, in Irak und in Afghanistan deutlich die Grenzen der Staatsbildung nach westlichen Massstäben aufgezeigt.

### Unterstützungsleistungen

Gefragt sind heute weder westliche Staatskonzepte noch ehrgeizige Transformationsziele. Die diesbezüglichen Initiativen müssen von der neuen Übergangsregierung kommen. Stattdessen sollten externe Akteure zum jetzigen Zeitpunkt spezifische Hilfsangebote definieren, auf die der Übergangsrat bei Bedarf zurückgreifen kann. In den diesbezüglichen Debatten hat lange die Frage von Friedenstruppen dominiert. Bereits zirkulieren zahlreiche Vorschläge zur Entsendung von EU-Battlegroups, UNO-Blauhelmen, Einheiten der Afrikanischen Union oder rein muslimischen Peacekeeping-Kontingenten. Tatsache ist aber, dass ein Bedarf an internationalen Truppen zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar erkennbar ist. Wichtiger noch ist, dass der Übergangsrat bisher die Stationierung internationaler Soldaten oder Beobachter mit Hinweis auf die Stimmung in der libyschen Bevölkerung kategorisch abgelehnt hat. Dass er seine Haltung im Falle einer Verschlechterung der Sicherheitslage revidieren könnte, ist zwar nicht auszuschliessen. Aber selbst dann dürfte eher die spezifische Verwendung militärpolizeilicher Fähigkeiten als eine flächendeckende, klassische Friedensoperation gefragt sein.

Expertise wird der Übergangsrat allenfalls im Bereich des Staatsaufbaus anfordern. Hier ist ein breites Spektrum von Unterstützungsleistungen denkbar, wobei eine effektive internationale Koordination anzustreben ist. Relevante Themenfelder umfassen etwa den Aufbau rechtstaatlicher Institutionen und neuer Polizeistrukturen, den Neuaufbau von Streitkräften unter ziviler Kontrolle, Verfassungsfragen, Wahlunterstützung, wirtschaftliche Diversifizierung oder auch praktische Aspekte wie die Entwaffnung der Rebellen. Bei all diesen Aktivitäten muss der Westen allerdings bereit sein, sich mit lokalen Lösungen zu arrangieren, z.B. was die zukünftige Rolle des Islam in der libyschen Gesellschaftsordnung angeht.

Entwicklungshilfegelder benötigt Libyen nicht. Dringlich ist hingegen die Freigabe libyscher Auslandsguthaben. Ebenfalls unmittelbar notwendig ist die humanitäre

Notversorgung, insbesondere was die Wasserversorgung, die medizinische Betreuung und die Rückkehr der Flüchtlinge betrifft.

### Klärungsbedarf in der Schweiz

Die Schweiz leistet seit März 2011 humanitäre Hilfe für die libysche Bevölkerung. Auch hat sie Ende August bei der UNO die Freigabe der Hälfte der in der Schweiz blockierten libyschen Vermögenswerte (die sich auf insgesamt CHF 650 Mio. belaufen) beantragt. Darüber hinaus hat der Bundesrat aber auch seine Bereitschaft für eine längerfristige Unterstützung der Transformation Libyens signalisiert.

Ein solches weiterführendes Engagement wäre einerseits durchaus naheliegend. Eine erfolgreiche Transition Libyens liegt im sicherheits-, migrations-, energie- und wirtschaftspolitischen Interesse der Schweiz. Auch verfügt die Schweiz über relevante Expertise, etwa in Bereichen wie der Sicherheitssektorreform, der Entminung, der Demokratieförderung, der föderalen Verteilung von Macht und Ressourcen oder der wirtschaftlichen Entwicklung. Hinzu kommt, dass die Schweiz in weiten Kreisen der libyschen Gesellschaft einen Sympathiebonus genießt, seit sie es wagte, in Genf ein Mitglied der Ghadhafi-Familie zu verhaften.

Andererseits sollte die Schweiz ein solches Engagement nur im Rahmen einer übergeordneten, ressort- und departementsübergreifenden Nordafrikastrategie umsetzen. Eine solche Strategie ist noch ausstehend. Die vom Bundesrat am 11. März 2011 verabschiedete strategische Neuorientierung der Schweizer Nordafrikastrategie, die die drei Pfeiler demokratische Transition, wirtschaftliche Entwicklung sowie Migration und Schutz definiert, bietet erst rudimentäre Orientierungshilfen. Zwar koordinieren sich Akteure wie die PA IV, die DEZA, das SECO oder das Migrationsamt heute in thematischen Fachgruppen. Auch haben sie in Kairo und Tunis gemeinsame Programmbüros eröffnet. Eine von oben gesteuerte Priorisierung von Empfängerländern, Zielen und Aktivitäten im Rahmen eines «Whole-of-Government»-Ansatzes ist aber unabdingbar, will die Schweiz nachhaltige Transitionshilfe in Nordafrika leisten.

Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli  
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperten für diese Analyse:  
Roland Popp und Daniel Möckli

Bezug und Mailingliste:  
www.ssn.ethz.ch

### Bisher erschienen

- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandeinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft zwischen russischem Einfluss und Westorientierung
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen
- Nr. 50: Sicherheitspolitischer Bericht: Kernpunkte und Debatten
- Nr. 49: Der Nahostkonflikt nach dem Gaza-Krieg
- Nr. 48: Kampf gegen den Terrorismus: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 47: Pakistan: Sicherheitspartner, Atommacht, Krisenherd
- Nr. 46: Frankreichs Weissbuch: Eine neue umfassende Sicherheitsstrategie
- Nr. 45: Wachsende Bedeutung ziviler Akteure in Gewaltkonflikten
- Nr. 44: Schweizer Aussenpolitik: Wandel und Klärungsbedarf
- Nr. 43: Atomstreit mit Iran: Stand und Optionen
- Nr. 42: Comprehensive Approach: Umfassende Ansätze im Krisenmanagement
- Nr. 41: Amerikanische Aussenpolitik unter Bush: Bilanz und Ausblick